



Menschenrechte und Weltordnungen

Der Mensch ist ein Individuum mit einem begrenzten Denk- und Sehvermögen. Angesichts der Bilder von Kriegsoffern und der ihm entgegen geschleuderten Fragen "Soll man intervenieren? Soll man zusehen?" wird er zuerst einmal in den Kategorien der Individualethik rasonieren. Dann, wenn er versucht, abstraktere Regeln anzuwenden, wird er die Intervention vielleicht messen an ihrer Legalität oder Legitimität, an ihrer Effizienz oder ihrem Scheitern; er wird also isoliert die Handlungen und ihre Folgen in mehr oder weniger aufwendiger Weise bewerten, ob sie nun von bestimmten Großmächten, von der UNO, oder von Marsmenschen ausgehen.

Schon in der Blütezeit der Friedensbewegung, in den 80er Jahren, führte ein Argumentieren in rein individual-ethischen Kategorien zu einer Pattsituation der guten Gewissen. Sicher, es schien moralisch verwerflich, einen Dritten Weltkrieg zu planen. Die Aufrüstungsbefürworter hielten dagegen, es sei verwerflich, sich nicht gegen den diktatorischen Kommunismus zur Wehr zu setzen. Vielen Aufrüstungsgegnern wurde schon damals bei solchen Auseinandersetzungen mulmig, hatten sie doch Sympathien sowohl für die Dissidenten im Osten als auch für die Befreiungsbewegungen in Lateinamerika. Doch um differenziertere Argumente gegen die "Nachrüstung" zu finden, wie ihre destabilisierenden Folgen für die gegenseitige Abschreckung, die Eigenlogik des militärisch-industriellen Komplexes, die Möglichkeiten einer alternativen Verteidigungspolitik, musste man auf eine technischere und globalere Ebene wechseln. Auch im Fall des

Kosovokrieges, wo bemerkenswert viele leidenschaftliche Ex-Pazifisten die Seiten gewechselt haben, steht auf der individual-ethischen Ebene Argument gegen Argument, was man in den Diskussionen immer wieder feststellen konnte.

Was wäre gewesen wenn... ?

Interessant ist es auch, Fragen wie "Was wäre gewesen wenn" zu stellen: Würde man den NATO-Entschluss leichter akzeptieren können, wenn die Bombardierungen, wie in Bosnien, nach drei

Das Argumentieren in rein individual-ethischen Kategorien führt zu einer Pattsituation der guten Gewissen.

Tagen zu einem Einlenken Milosevics geführt hätten? Wäre jede Form der Intervention gerechtfertigt gewesen, wenn es ein UNO-Mandat gegeben hätte, wie seinerzeit gegen den Irak? Wäre es richtiger gewesen, die Bombardierungen aus niedriger Höhe gegen die serbischen Streitkräfte im Kosovo auszuführen und dabei eigene Verluste in Kauf zu nehmen? Was hätte es geändert, wenn man, wie im Kuwait (nur diesmal unter flagranter Verletzung des Internationalen Rechtes), nach ein paar Wochen massiver Bombardierungen mit Bodentruppen ins Kosovo eingerückt wäre? Oder hätte man sofort eine Bodenoperation zur Schaffung von Korridoren und Sicherheitszonen wählen sollen, wie in Bosnien, nur ohne UNO-Mandat, und mit hohem Risiko für die westlichen Soldaten?

Alle diese Fragen und Eventualitäten, so sinnvoll sie auch sein mögen um unsere prinzipiellen Positionen herauszuarbeiten, dürfen uns nicht darüber hinweg täuschen, dass die Einmischung des Westens in einer bestimmten Art und Weise verlaufen ist, die für die meisten ebenso klar inakzeptabel ist, wie die Unterdrückung und Vertreibung der Kosovo-Albaner oder die jetzt erfolgende Vertreibung der Serben und der Roma. Es ist ja nicht so, dass sich in einem NATO-Büro der permanente Ausschuss für humanitäre Interventionen zusammengesetzt und gefunden hätte, dass bestimmte rechtliche und moralische Kriterien jetzt im Kosovo erfüllt seien, nicht aber in der Türkei, noch in Palästina, noch in Tschetschenien. Und es ist ja auch nicht so, dass die Situation in diesen Ländern als hart an der Grenze des Erträglichen angesehen würde und dementsprechend wenigstens alle nichtmilitärischen Druckmittel eingesetzt würden. Zufall? Irrtum?

Dass gerade im Kosovo interveniert wurde, und die Intervention diese Form angenommen hat, ist sicher kein Zufall und kein Irrtum. Es ist klar, dass eine in der Öffentlichkeit schlecht akzeptierte Militärintervention es sich nicht leisten kann, auch noch eigene Verluste in Kauf zu nehmen. Und dass eine UNO-Intervention einer anderen Logik unterliegt (und andere Schwachpunkte hat) als die Luftoffensive eines Militärbündnisses konnte man erwarten. Es gibt also Gründe, warum eine als humanitär gedachte Intervention unter diesen Umständen zu einer Eskalation geführt hat, zum Tode vieler Unschuldiger und zu einer Gefährdung der Mechanismen

der kollektiven Sicherheit (UNO). Diese Zusammenhänge müssen kritische Zeitgenossen in ihre zukünftigen Stellungnahmen einbeziehen.

Modelle der Macht

Wir kommen also von der Frage, welche Aktion wo, wie und wann ausgeführt werden soll, zu der Frage, wer sie ausführen soll, und welcher Kontrolle dies unterliegen würde. Weil solche Möglichkeiten nicht im luftleeren Raum der Moral umgesetzt werden sollen, lohnt es sich, über die Entwicklung der weltweiten Machtstrukturen im 21. Jahrhundert nachzudenken. Drei Modelle erscheinen plausibel:

1. eine multipolar-imperialistische Machtstruktur
2. eine unipolar-imperiale Struktur
3. eine supranationale Ordnung

Das erste Modell geht davon aus, dass die Interessengegensätze der großen Wirtschaftsblöcke (voraussichtlich Nordamerika, Europa, Japan und/oder China) in einem solchen Maße zunehmen, dass es zu einem Auseinanderbrechen des "Nordens" kommt. Dann würden diese Blöcke eine imperialistische Außenpolitik betreiben in etwa wie die großen Nationalstaaten ab dem 16. Jahrhundert. Sie würden den "Süden" in Einflusssphären aufteilen, Ausbeutung und Unterdrückung dort wieder hoffähig machen als notwendige Mittel zur Wahrung der eigenen Interessen, und würden gelegentlich mehr oder weniger große und direkte Kriege untereinander führen.

Dieses Modell findet sich angedeutet in den Schriften amerikanischer Autoren wie Samuel Huntington und Paul Kennedy, aber auch linker Autoren, die ein großes Gewicht auf traditionelle und gewachsene politisch-ökonomische Strukturen legen. Für dieses Modell spricht zum einen die Ressourcenverknappung (Energie, Wasser), aber auch der von Umweltkatastrophen ausgehende Druck, die für das eigene Überleben notwendigen Ressourcen rücksichtslos abzusichern. Letzteres würde dadurch besonders gefährlich, dass in einem solchen Modell konzertierte

Aktionen nur schwer möglich wären. Dieses Modell ist das Schreckensszenario "par excellence", denn es mündet aller Voraussicht nach in einen großen, nuklearen Krieg.

Extrapoliert man die gegenwärtige internationale Situation, so kommt man zum zweiten Modell: Die eine Supermacht im Zentrum, rundherum gruppiert sich der "Norden" zu einem informellen Imperium, und jenseits einer großen Mauer, eines neuen Limes, bleibt der "Süden"

Die Führungseliten des "Nordens" vernetzen und vereinheitlichen sich weiter, und unter der Führung der USA wird für Ordnung auf dem Planeten gesorgt.

ausgeschlossen von Fortschritt und Wohlstand. Die Führungseliten des "Nordens" vernetzen und vereinheitlichen sich weiter, und unter der Führung der USA wird für Ordnung auf dem Planeten gesorgt - im Interesse der Herrschenden, versteht sich. Zu erwarten ist, dass eine harte Haltung nach außen, gegen "barbarische Völker" und Flüchtlinge, auch zu einer Verhärtung im Inneren führt, also zu einer Aushöhlung der Demokratie und vor allem der freien Meinungsäußerung. Dieses Modell wird von Jean-Christophe Rufin in seinem Klassiker "L'empire et les nouveaux barbares" heraufbeschworen, aber auch von linken Autor(inn)en wie Saskia Sassen, die eher auf die vernetzte Macht der weltumspannenden Konzerne und Eliten achten.

Pax sine Justitia

Eine etwas freundlichere Variante dieses Modells ist die einer US-amerikanischen Hegemonie statt eines Imperiums. In dem Beitrag "What to do with American primacy" (Foreign Affairs sept./oct. 99) greift Robert N. Haas die Idee Henry Kissingers auf, die (für die europäischen Völker) relativ friedlichen Verhältnisse des 19. Jahrhunderts wiederherzustellen. Die Supermacht USA müsse eine Balance finden zwischen Dominanz und Zusammenarbeit mit

anderen großen Staaten, ähnlich wie Großbritannien seinerzeit die Welt indirekt beherrschte.

Dabei verschweigt der Autor nicht, dass es bei der angestrebten Einigkeit über "gewisse zentrale Fragen" vor allem um die Interessen der Amerikaner und der Bürger des reichen Nordens geht. Der Konsens ist also ein Konsens der Mächtigen, die Mittel zu einer solchen Hegemonie sind indirekter als diejenigen zur Aufrechterhaltung eines Imperiums. Gemeinsam ist den beiden Varianten jedoch, dass sie die Interessen der Menschen im Süden hinten anstellen. Gemeinsam ist ihnen auch, dass sie ihrer Natur nach instabil sind, dass sie ständig Gefahr laufen, ins erste Modell hinüberzurutschen, ähnlich wie die "Pax Britannica" des 19. Jahrhunderts in den Ersten Weltkrieg mündete.

Das Ende der kämpfenden Nationalstaaten

Ist das dritte Modell, das einer supranationalen Ordnung, utopisch? In seinem Buch "Rise and fall of the great powers" beschreibt Paul Kennedy das wirtschaftliche und militärische Ringen der Nationalstaaten seit ihrer Entstehung im 16. Jahrhundert. Extrapoliert man diese Sicht der Vergangenheit ins 21. Jahrhundert hinein, so muss man in Begriffen von Machtblöcken weitererrönnieren. Den Nationalstaat oder den Machtblock als Akteur der Geschichte darzustellen blendet zweierlei Aspekte aus: Die innenpolitische Entwicklung zu mehr Freiheit und Demokratie, die einer allzu zynischen Außenpolitik Grenzen setzen kann, und die Tatsache, dass die Struktur der Machtpolitik vor dem 16. Jahrhundert über lange Zeit hinweg durch eine große Zahl kleinerer Akteure bestimmt wurde: Stadtstaaten in der Antike, aber auch und vor allem eine Myriade von Lehnsherren und städtischen Strukturen im Mittelalter. Die Entwicklung ging also in Richtung größerer, effizienterer und ausgeglichenerer Strukturen - ein Merkmal des Überganges zur Neuzeit ab dem 16. Jahrhundert ist ja gerade die Entstehung der Nationalstaaten, die die Splittersouveränitäten als Sitz der Macht ablösen.

Der "neue Nationalismus" mit seiner Inflation "unabhängiger" Regionalstaaten sollte uns nicht von der Tatsache ablenken, dass die Ebene, auf der wirklich Macht ausgeübt wird, sich nach oben hin zu größeren Strukturen verlagert, für die die EU ein gutes Beispiel ist. Warum sollte es nicht möglich sein, noch eine Stufe weiter zu nehmen, und statt der Bildung von supranationalen Machtblöcken den Aufbau eines Welt-Staates anzustreben? Hätte man den Bürgern von Lille im Mittelalter gesagt, sie würden eines Tages von derselben Autorität

und denselben Gesetzen beherrscht wie die Bürger von Pau; sie hätten es wohl als ebenso befremdlich empfunden wie ein Luxemburger von heute die Idee, dass er und ein Timorese Bürger des selben Welt-Staates sein sollten.

Für dieses Modell spricht die wachsende Globalisierung, die auch eine globale Zivilgesellschaft hervorbringt. Viele Bürger sind nicht bereit, sich das 21. Jahrhundert als eines der Fortschreibung des Nord-Süd-Gefälles, der Umweltkatastrophen und der Kriege vorzustel-

len. Gegen dieses Modell, und für die beiden ersten, spricht allerdings gerade die Existenz eines gigantischen Nachholbedürfnisses des Südens, aber auch die zahlreichen wirtschaftlichen und politischen Interessen der Mächtigen und Reichen, die durch eine weltweite Demokratisierung bedroht wären. Dagegen spricht auch das mangelnde Bewusstsein dafür, dass die Herausforderungen des "Global Village" nicht an erster Stelle kulturell oder humanitär sind, sondern Fragen der Machtstrukturen.

Was tun?

Für die Diskussion über humanitäre Interventionen ergibt sich aus diesen Überlegungen folgendes: Alles, was zu einer Stärkung von Militärbündnissen wie WEU oder NATO führt, schwächt die Systeme kollektiver Sicherheit wie OSZE und UNO, und entfernt uns vom dritten Modell. Statt zu glauben, die NATO sei das Luftgeschwader von "Amnesty International" (Ulrich Beck), sollten wir eintreten für den absoluten Vorrang der UNO (trotz all ihren Schwächen), sowohl prinzipiell wie auch auf dem Terrain, und die Konsequenzen eigenmächtiger Aktionen anprangern. Daraus ergibt sich die Forderung, kurzfristig NATO und WEU abzuschaffen oder wieder auf das Maß reiner Territorialverteidigungsbündnisse zurückzustutzen.

Das Problem der UNO ist nicht nur, dass sie bei bestimmten Problemen nicht handelt; auch das selektive Handeln (also Handeln nur in den Fällen, wo sich ein Ausführender findet, in Ermangelung eigener Mittel) führt zu einem Verlust an Glaubwürdigkeit. Kurzfristig gilt es, ihr politische und militärische Handlungsfähigkeit zu geben durch die Abschaffung oder Umgehung des Vetorechts und die Schaffung von UNO-eigenen permanenten Streitkräften und Kommandostrukturen. Mittelfristig sollte man dann tiefe Reformen und eine Demokratisierung der Strukturen in Angriff nehmen (wobei Europa eine Vorreiterrolle spielen könnte) mit dem Fernziel einer Weltbürgergemeinschaft statt einer Völkergemeinschaft.

RK

Conférences au Centre Universitaire

Sur initiative du CLUDEM

7 décembre 199 à 18.15h

Danielle Kass: Les comptes de la baumaîtrise de la ville de Luxembourg au XV^e siècle. Intérêt historique et problèmes d'édition

Le Luxembourg et ses frontières: approches pluridisciplinaires

Cycle de conférences organisé par le RIEL (Réseau interdisciplinaire d'études luxembourgeoises au CUnLux)

14 décembre 1999, 18.30 heures

Nico Weber: Lëtzebuergesch and English

26 janvier 2000, 18.30 heures

Jean-Claude Grosbusch: La frontière belgo-luxembourgeoises de 1839 et son impact sur la géographie rurale de l'Ardenne

Apocalypse now? La question religieuse au seuil du troisième millénaire

Cycle de conférences organisé par le Centre Jean XXIII en collaboration avec le CUnLux, Lieu: CUnLux, salle BC 0.11

Mardi, 7 décembre 1999 (deuxième partie), 19.30-21 heures

Michel Schmitt: Das Selbstverständnis von Christentum und Kirche an den Zeitenwenden

Mardi, 11 janvier 2000, 19.30-21 heures

Tom Osborne: L'année 2000 entre apocalypse et jubilé

Les chercheurs luxembourgeois à l'étranger

16 décembre 1999, 18.00-19.30 heures

Priv. Doz. Dr. med. Serge Weis: Morbus Alzheimer: rezente Entwicklungen in Neurobiologie und Therapie